

Kundus-Urteil und BND-Affäre

Neujustierung

Arnold Schölzel

Aghanische Staatsbürger haben keinen Anspruch auf Entschädigung, wenn ihre Angehörigen auf Befehl eines Bundeswehr-Oberst getötet wurden. Das Urteil des Oberlandesgerichts Köln vom Donnerstag schreibt deutsche Standards fort. Was für Griechenland und die Massaker der deutschen Besatzer im Zweiten Weltkrieg als Recht gilt, kann für deutsche Okkupanten in Afghanistan nicht Unrecht sein.

Zufällig stieg am Tag dieses Gerichtsspruchs die Aufregung um die Wurmfortsatzfunktion des BND bei der Politik- und Wirtschaftsspionage Washingtons um einige Erregungszustände. Ein Zufall war allerdings nur die Gleichzeitigkeit, nicht der Tatbestand. Wer in Afghanistan gemeinsam in einem illegalen Krieg globale Apartheid exekutiert, ist selbstverständlich auch sonst zu jedem gemeinschaftlich begangenen kleineren oder größeren Verbrechen bereit. Internationale Institutionen hielten mehrfach fest: Deutsche Behörden helfen den USA bei Entführung, beim Foltern und beim Vertuschen, vorneweg stets das Bundeskanzleramt, z. B. seinerzeit mit Frank-Walter Steinmeier (SPD) als zuständigem Minister für den Fall des Guantánamo-Häftlings Murat Kurnaz. Ermittlungen einheimischer Justizbehörden gibt es deswegen nicht. Angesichts notorischem Belügens des Parlaments, der Weigerung des angeblichen Partners jenseits des Atlantiks, irgendeine Auskunft zu geben, und angesichts des Anteils deutscher Geheimdienste bei der Organisation von neofaschistischem Mord und Totschlag im eigenen Land ist ein »Prüfauftrag« des Generalbundesanwalts weniger als ein Witz. Es ist undemokratischer bundesdeutscher Standard.

Die Gnadenlosigkeit der Institutionen dieses Landes bei der Exekution dessen, was sie für richtig und Recht halten, wird nur durch die Härte bei der Abwehr jedes Versuchs, ihre Interna zu durchleuchten, übertroffen. Im Notfall laufen die Schredder, weiß ein hessischer Ministerpräsident, der einen mordverdächtigen Geheimdienstler geschützt

hat, von nichts, fragen die sogenannten Medien wie in Schilda angesichts eines offenen Daches, warum es ins Haus regnet. Versagen, Fehler, Pannen? Die abgehörte Kanzlerin erklärt das Internet für »Neuland«, die angebliche Kontrolle der Geheimdienste durch Parlamentsgremien ist eine Groteske.

Das ist so seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie wurde gegründet, um die deutsche Monopolbourgeoisie wieder zu installieren. Das sicherte die Kontinuität des Staatsapparats aus vergangenen Zeiten und die letzte Unterordnung unter die Interessen der Vormacht USA. Die Gemeinsamkeiten in der Front gegen die Sowjetunion mögen im Kalten Krieg größer gewesen sein als nach deren Verschwinden, aufgelöst haben sie sich – wie der vom Westen angezettelte Putsch und Krieg in der Ukraine zeigt – bei weitem nicht. Allerdings verändert sich das Kräfteverhältnis zwischen beiden Mächten. Die Lecks des BND sind ein Symptom, dass der Kampf um die Neujustierung der Beziehungen zwischen Berlin und Washington begonnen hat.

<http://www.jungewelt.de/2015/05-02/061.php>